

sellenprüfung schon deshalb nicht möglich, weil sie ohne Berufsschulabschluß bleiben. So ergibt sich aus der amtlichen Schulstatistik, daß im Schuljahr 1976/77 nur 38,1% der 3080 ausländischen Berufsschulabgänger ihre Schule mit Abschlußzeugnis verließen⁷. Demgegenüber betrug die Erfolgsquote für alle Berufsschulabgänger 78,8%. Allerdings ist hier bei den Ausländern eine Verbesserung gegenüber den vorangegangenen Jahren festzustellen; immerhin hatten im Schuljahr 1974/75 erst 31% der ausländischen Berufsschulabgänger ein Abschlußzeugnis erhalten.

Schulbesuchsquoten bei spanischen, griechischen und jugoslawischen Berufsschulpflichtigen am höchsten

Die statistische Ermittlung von Schulbesuchsquoten ausländischer Jugendlicher ist nur begrenzt möglich, da ein Vergleich von Einwohnermeldedaten mit den Angaben der Schulstatistik aus folgenden Gründen fragwürdig erscheint:

- Die Stichtage für Angaben des Ausländerzentralregisters über die als Einwohner gemeldeten Ausländer und für Meldungen aus der Schulstatistik fallen nicht zusammen. Aus demselben Grund ist auch ein Vergleich zur Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Landesamtes zum 31.12. eines Jahres nicht möglich.
- Die Schulstatistik kann nicht solche Jugendlichen erfassen, die zwar ordnungsgemäß gemeldet sind, sich aber vorübergehend im Ausland aufhalten, oder als frisch Hinzugezogene ihrer Schulpflicht erst nach einer Anpassungszeit nachkommen.
- Berufsschulpflichtige Ausländer können von der Schulpflicht zeitweise oder auf Dauer befreit werden, (§ 72 Schulgesetz).
- Berufsschulpflichtige Ausländer können ihre Schulpflicht

⁷ Diese niedrige Erfolgsquote muß auch im Zusammenhang mit dem vorzeitigen Ausscheiden von ausländischen Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag nach Beendigung der Berufsschulpflicht und mit der häufigen Abwanderung von Ausländern über die Auslandsgränze während eines Schuljahres gesehen werden.

durch den einjährigen Besuch einer beruflichen Vollzeitschule erfüllen (§ 81 Schulgesetz).

Erschwerend kommt hinzu, daß während der letzten Jahre die Zu- und Fortzüge von Ausländern in den Monaten August und September ihren Höhepunkt erreichten. In die Monate September und Oktober fallen jedoch die Stichtage der Statistik des Ausländerzentralregisters und der Schulen. So dürften die beträchtlichen Differenzen zwischen den Angaben des Ausländerzentralregisters und der Schulstatistik hinsichtlich der berufsschulpflichtigen Türken und Italiener auch aus der hohen Zahl der Zu- und Fortzüge von Einwohnern dieser Nationalitäten zu erklären sein. Auf Türken und Italiener entfallen über 40% der Zu- und Fortzüge von Ausländern über die Auslandsgrenzen des Bundesgebietes.

Der hohe Anteil von „Nichtschülern“ fällt allerdings auch bei der zahlenmäßig nicht stark vertretenen Gruppe der Portugiesen auf, während sich die Differenzen bei spanischen, griechischen und jugoslawischen Jugendlichen mit Nichtschüleranteilen von 7,4 bis 12,3% in Grenzen halten.

Ausblick

Sollten die bisherigen Beschränkungen bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern, die nach dem 31.12.1976 in die Bundesrepublik eingereist sind, gelockert werden, ist mit einem weiteren Anwachsen der Zuzüge von ausländischen Jugendlichen zu rechnen. Im Rahmen des Familiennachzuges werden dabei vor allem noch mehr ausländische Jugendliche im berufsschulpflichtigen Alter hinzuziehen, die nach Beendigung ihrer Schulpflicht im Heimatland, in Deutschland erwerbstätig werden wollen. Im Gegensatz zu den in Deutschland aufgewachsenen Ausländerkindern, die heute schon im Vorschulalter in den Genuß einer sprachlichen Förderung kommen, dürften sie es auch künftig schwer haben, Anschluß an die deutschen Berufsausbildungsverhältnisse zu finden.

Dipl.-Volkswirt Wolfram Eitel

Die Versorgung mit Telefonanschlüssen

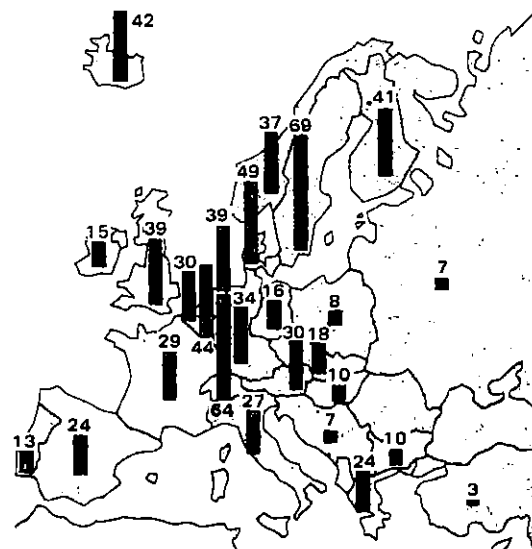
Der vor über 100 Jahren vom deutschen Lehrer Phillip Reis erfundene Fernsprechapparat leitete im Kommunikationswesen eine Entwicklung ein, die mit der Verkehrsrevolution durch das Automobil zu vergleichen ist. 1861: die Erfindung von Reis, 1876: Einführung der Induktionsspule zur Erzeugung der Sprechströme durch Bell, 1881: Bau der ersten Fernsprechnetze der Deutschen Reichspost in Mulhouse/Alsace und Berlin, 1894: automatische Vermittlung durch das Hebdrehwählersystem von Strowger, 1906: Anwendung von Verstärkerröhren zur Übermittlung von Ferngesprächen durch Lieben und Reis, 1928: Einführung des Fernmelderechts. Tastenwahl für Weltmünzfernsprecher und Fernsehtelefon sind weitere herausragende Entwicklungsstationen des Fernmeldewesens. Nur die enorme technologische Entwicklung auf dem Fernmeldesektor erlaubte die weite Verbreitung des Telefons über alle Kontinente.

Der heutige Entwicklungsstand des Fernmeldewesens zeigt über die Staaten und Kontinente sehr unterschiedliche Niveaus. So schwankt in Europa die Sprechstellendichte – Anzahl der Haupt- und Nebenanschlüsse auf 100 Einwohner – zwischen weniger als drei und einer annähernden Maximalversorgung, die bei etwa 80 Sprechstellen angenommen werden kann. Zum 1.1.1977 hatte Schweden mit 68,9 die höchste und die Türkei mit 2,8 Sprechstellen die niedrigste Dichte. Die Bundesrepublik Deutschland nahm mit 34,4 Anschlüssen einen mittleren Rang ein (Schaubild 1).

Schaubild 1

Sprechstellendichte in europäischen Ländern

Sprechstellen je 100 Einwohner; Stand 1. 1. 1977



Quelle: Geschäftsbericht der Deutschen Bundespost 1977

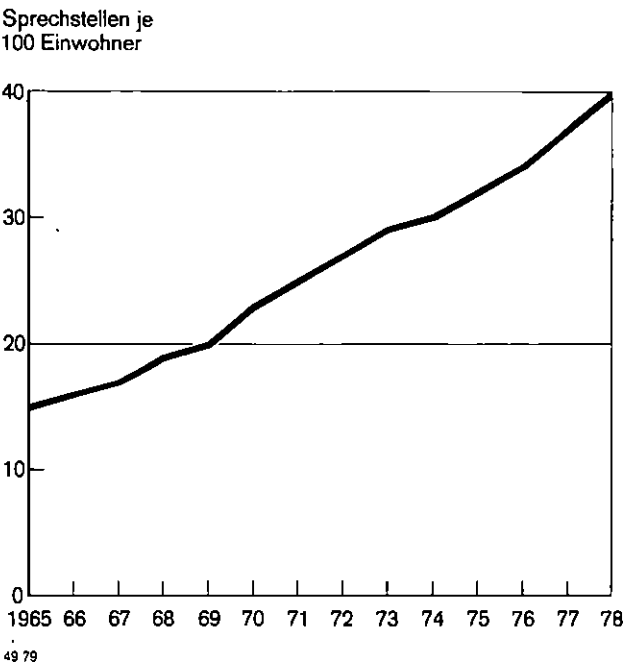
64 79

Tabelle 1
Telefonversorgung und ausgewählte Sozialindikatoren
in den Stadt- und Landkreisen 1976
Konzentrationsmaße, Baden-Württemberg = 1,00

Stadt- und Landkreise	Haupt- anschlü- ße 1976 ¹⁾	Sied- lungs- dichte 1976 ²⁾	Einwohner/ Arbeits- platz- dichte 1970/76 ³⁾	Wohnun- gen je Wohn- gebäude 1976
Stadtkreise:				
Stuttgart	1,78	2,97	14,57	1,80
Freiburg im Breisgau	1,54	1,69	4,98	1,71
Karlsruhe	1,53	1,66	7,32	1,80
Mannheim	1,53	1,69	10,54	1,92
Heidelberg	1,48	1,80	5,12	1,57
Baden-Baden	1,42	1,26	1,52	1,32
Ulm	1,40	0,99	4,34	1,43
Pforzheim	1,39	1,70	5,08	1,62
Heilbronn	1,27	1,63	5,25	1,28
Landkreise:				
Esslingen	1,15	1,63	2,63	1,02
Ludwigsburg	1,10	1,49	2,21	1,06
Reutlingen	1,09	0,85	0,84	0,86
Rems-Murr-Kreis	1,07	1,35	1,48	1,01
Böblingen	1,04	1,21	1,70	1,00
Tübingen	0,98	1,13	1,14	0,87
Göppingen	0,97	1,22	1,44	0,96
Konstanz	0,97	0,99	1,06	1,15
Heidenheim	0,96	0,91	0,83	0,87
Bodenseekreis	0,96	0,92	0,89	1,00
Freudenstadt	0,94	0,67	0,42	0,84
Calw	0,93	0,73	0,57	0,92
Lörrach	0,91	1,05	0,92	1,07
Breisgau-Hochschwarzwald	0,88	0,70	0,43	0,89
Zollernalbkreis	0,88	0,78	0,76	0,73
Ravensburg	0,88	0,84	0,49	0,83
Tuttlingen	0,83	0,72	0,59	0,81
Enzkreis	0,81	1,01	0,95	0,83
Schwarzwald-Baar-Kreis	0,81	0,95	0,77	1,05
Ostalbkreis	0,80	0,83	0,70	0,88
Rottweil	0,78	0,81	0,66	0,80
Rhein-Neckar-Kreis	0,77	1,24	1,44	0,95
Karlsruhe	0,76	1,03	1,15	0,86
Rastatt	0,76	0,87	0,97	0,92
Hohenlohekreis	0,75	0,58	0,41	0,72
Heilbronn	0,74	0,80	0,74	0,77
Schwäbisch Hall	0,73	0,55	0,38	0,79
Waldshut	0,71	0,75	0,46	0,94
Biberach	0,71	0,56	0,39	0,69
Neckar-Odenwald-Kreis	0,70	0,59	0,44	0,75
Ortenaukreis	0,70	0,83	0,72	0,87
Main-Tauber-Kreis	0,69	0,46	0,37	0,77
Emmendingen	0,69	0,90	0,65	0,93
Alb-Donau-Kreis	0,67	0,60	0,38	0,72
Sigmaringen	0,67	0,46	0,35	0,71

1) Hauptanschlüsse bezogen auf die Einwohner. - 2) Einwohner bezogen auf die Siedlungsfläche (Gebäude- und Hofflächen, Wegeland- und Eisenbahnflächen, Parks, Friedhöfe, Sport- und Flugplätze, Ziergärten, Militärlübungsplätze). - 3) Einwohner (1976) und Beschäftigte (AZ 1970) bezogen auf die Gemarkungsfläche.

Schaubild 2
Entwicklung der Sprechstellendichte in der
Bundesrepublik Deutschland



Wie *Schaubild 2* zeigt, hat die Deutsche Bundespost in den letzten Jahren eine deutliche Erhöhung der Sprechstellendichte auf heute knapp 40 erreicht. Dabei sind allerdings ausgeprägte regionale Versorgungsunterschiede zu vermuten. Um diese These wenigstens für Baden-Württemberg untersuchen zu können, hat das Statistische Landesamt mit Hilfe eines einfachen Modells die Dichte der Hauptanschlüsse ermittelt. Dazu wurden die amtlichen Fernsprechkbücher für Baden-Württemberg ausgewertet. Dieser etwas mühsame Weg mußte beschritten werden, da die Deutsche Bundespost nach eigenen Aussagen nicht in der Lage ist, die Hauptanschlüsse einer Gemeinde zu beziffern. Zunächst wurde für jedes Ortsnetz die Zahl der Anschlüsse ausgezählt und dann auf die im Ortsnetz zusammengeschlossenen Gemeinden verteilt. Als Verteilungsschlüssel dienten die Bevölkerungsanteile von 1976 und die Beschäftigtenanteile aus der Arbeitsstättenzählung von 1970.

Tabelle 2
Entwicklung der Sprechstellen in den OPD-Bezirken
zwischen 1976 und 1978

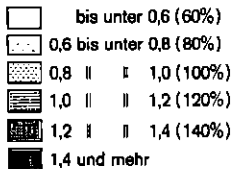
Oberpostdirektionsbezirke Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart (soweit Land Baden-Württemberg)							
Oberpostdirektionsbezirke	Sprechstellen						Veränderung der Sprech- stellendichte 1978/76 in %
	30. 6. 1976			31. 10. 1978			
	insgesamt	darunter	Sprechstellen auf 100 Einwohner	insgesamt	darunter	Sprechstellen auf 100 Einwohner	
	Sprechstellen in 1000	Hauptanschlüsse in %		Sprechstellen in 1000	Hauptanschlüsse in %		
Freiburg	844	63,3	29,2	1 056	67,8	36,5	25,0
Karlsruhe	620	65,5	31,8	760	69,0	39,0	23,0
Stuttgart	1 385	64,0	32,4	1 633	67,4	38,2	18,0
Baden-Württemberg	2 849	64,1	31,2	3 449	68,0	37,8	21,0
Oberpostdirektionsbezirke Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart (postamtliche Abgrenzung)							
	3 261	64,3	31,3	3 956	68,2	38,0	23,0

Schaubild 3

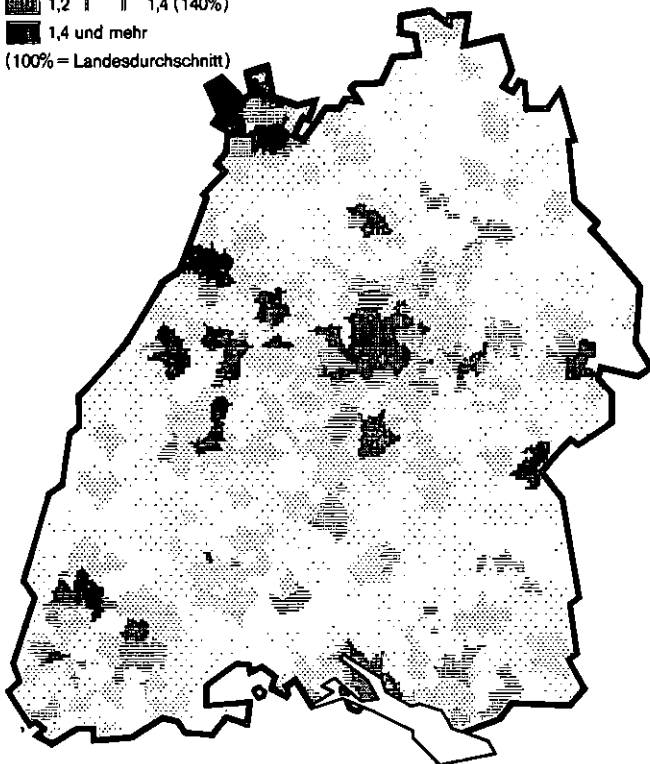
Telefonversorgung der Gemeinden Baden-Württemberg

(K-Maß: Hauptanschlüsse je Einwohner, Baden-Württemberg = 1,00)

Versorgungsniveaus:



(100% = Landesdurchschnitt)



58 79

Sicherlich hat man damit nicht die exakte Zahl der Hauptanschlüsse der Gemeinden festgestellt, jedoch brauchbare Aussagen über regionale Disparitäten gewonnen.

In *Tabelle 1* werden die Versorgungsgrade für die Stadt- und Landkreise wiedergegeben. Neben der „Hauptanschlußdichte“ werden noch eine Auswahl korrespondierender Sozialindikatoren ausgewiesen. Die „Siedlungsdichte“ erlaubt grobe Schlüsse auf die Intensität der Inanspruchnahme von Fläche für Siedlungszwecke einer Region, die „Einwohner/Arbeitsplatzdichte“ gibt Hinweise auf den Verdichtungsgrad der Kreise und die „Wohnungen je Wohngebäude“ lassen erkennen, ob die Besiedlung eines Kreises ein mehr städtisches oder ein mehr ländliches Gepräge hat. Als Darstellungsform wurden sogenannte Konzentrationsmaße (K-Maße) verwandt. Diese erlauben auf einen Blick über- oder unterdurchschnittliche Niveaus zu erkennen. Das K-Maß für die Hauptanschlußdichte von Stuttgart mit 1,78 besagt, daß die Landeshauptstadt Stuttgart um 78% über dem Landesdurchschnitt liegt, während Sigmaringen nur zu 67% das Landesniveau erreicht, bzw. um 33% unter diesem liegt. Zusätzlich ist in *Schaubild 3* die Hauptanschlußdichte auf Gemeindebasis zum Gebietsstand 1.1.1977 wiedergegeben.

Aus beiden Darstellungen und einer hier nicht veröffentlichten Tabelle über die Versorgungsniveaus der Mittelzentren läßt sich folgendes erkennen:

– Die Hauptanschlußdichte ist um so höher, je intensiver die Fläche für Siedlungszwecke genutzt wird. Das heißt umgekehrt, daß jene Regionen, die aufgrund ihrer weitläufigen Besiedlung

Fühlungs Nachteile haben, diesen Mangel nicht durch eine überdurchschnittliche Fernsprechversorgung kompensieren.

– Je kompakter und städtischer die Wohnstruktur ist, desto ausgebauter ist das Telefonnetz. Eine Ursache dürften die niedrigeren Investitionskosten für die Vernetzung mehr städtisch geprägter Wohnsiedlungen sein. Eine andere – und das sei hier nur vermutet – könnte in der schon oft beklagten Tatsache begründet sein, daß in stärker verdichteten Räumen ein Mangel an unmittelbarer zwischenmenschlicher Kommunikation herrscht.

– Die 97 zentralen Orte mittlerer Stufe, in denen fast die Hälfte der baden-württembergischen Bevölkerung lebt, verfügen über 60% der Hauptanschlüsse.

– Im ländlichen Raum ist die Hauptanschlußdichte allgemein niedriger als im Landesdurchschnitt. Die mehr fremdenverkehrsorientierten Teile sind dagegen in der Regel besser ausgestattet und übertreffen zum Teil das Landesniveau.

Schaubild 4

Oberpostdirektionsbezirke Freiburg, Karlsruhe und Stuttgart

(Soweit Baden-Württemberg)

Grenzen:



1) Soweit Land Baden-Württemberg
66 79

Wie in *Schaubild 2* schon gezeigt, wurde die Sprechstellendichte in den vergangenen zwei Jahren für die Bundesrepublik von 34,4 auf knapp 40 erhöht. Baden-Württemberg, das 1976 noch um 3,2 Sprechstellen unter dem Bundesniveau lag, konnte diesen Rückstand auf 1,7 Sprechstellen verringern. Dabei fällt besonders auf – wie *Tabelle 2* weiter zeigt –, daß die Sprechstellendichte in jenen OPD-Bezirken am stärksten erhöht wurde, die 1976 noch die niedrigsten Niveaus aufwiesen. So wurde im Bezirk Freiburg die Dichte um 25% erhöht, im Bezirk Karlsruhe um 23%. Karlsruhe hat mit 39 Sprechstellen auf 100 Einwohner heute das höchste Niveau erreicht. Ob aus dieser Entwicklung geschlossen werden kann, daß alle Teile des Landes einen angemessenen Anteil an dieser Entwicklung hatten, muß offen bleiben.

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Walla